LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
17. Wahlperiode

Drucksache **17/3533**

05.09.2018

Neudruck

Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Milchkrisen wirksam mit neuen Instrumenten begegnen!“ (Drucksache 17/2548)

Milchviehhalter durch die Anwendung nationaler Rechtsinstrumente schützen!

I. Ausgangslage

Die Milchviehhalter haben drei schwere Marktkrisen hinter sich. In den Jahren 2009, 2012 und 2015 ist der Markt für Kuhmilch eingebrochen und führte zu einem dramatischen Höfesterben vor allen Dingen für viele kleine und mittelständige Familienbetriebe in NRW.

Milchviehhalter gehen an ihre Belastungsgrenzen. Was sie noch in den Vorjahren an Reserven angehäuft haben, wird von den Banken belastet, damit die Milchviehhalter überhaupt noch weiter wirtschaften können. Sie haben keine Ruhe mehr und wälzen jeden Abend die Zahlen aufs neue. Die Dürrekrise und die Futtermittelkrisen heizen das Höfesterben nur noch weiter an.
Die bisherigen politischen Maßnahmen der EU den Milchmarkt zu stabilisieren sind gescheitert. Ein Paradebeispiel für verfehlten Marktinterventionismus der EU ist die Milchquotierung. Nach dreißig Jahren wurde sie zum 1. April 2015 abgeschafft. Marktexperten sprechen von Kosten in Milliarden Höhe für die deutschen Betriebe durch die sogenannte Superabgabe. Die EU konnte die Marktkrisen nicht verhindern.

Auch mit der GAP-Reform von 2014 wurden EU-Gelder regelrecht verpulvert, als die private Lagerhaltung von Magermilchpulver angehoben wurde. Die Milchpreise wurden lange über die akute Krise hinaus niedrig gehalten und das Magermilchpulver gar als Billigpulver verramscht.

Es ist deutlich geworden, dass die EU nicht in der Lage ist, eine Lösung für die Milchviehhalter zu finden. Eine Linderung dagegen kann die nationale Anwendung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktorganisation (EU-Verordnung Nr. 1308/2013) mit dem Deutschland die Lieferbeziehungen transparenter und ehrlicher gestalten kann.

Datum des Originals: 05.09.2018/Ausgegeben: 05.09.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Der Landtag stellt fest,

- dass die EU die Milchviehhalter nicht vor Milchkrisen schützen konnte.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, den gescheiterten Marktinterventionismus der EU zu beenden.

2. die ausufernde Bürokratie der EU im Bereich der Landwirtschaft einzustellen.

3. sich für die nationale Anwendung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktorganisation einzusetzen und die Lieferbeziehung zwischen Erzeugern und Molkereien verbindlich zu regeln.

Christian Blex
Nic Peter Vogel
Sven Tritschler

und Fraktion